

Antrag der Fraktion der CDU**Versprochen – gebrochen: Ausbau der Videoaufklärung an Haltestellen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit im Land Bremen**

Entgegen der Ankündigung der Fraktion der SPD im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes 2023 in Bremen, die Videoüberwachung an Haltestellen zur Bekämpfung von Straftaten und Vandalismus erheblich auszubauen, wurde bis zum heutigen Zeitpunkt keine einzige zusätzliche Haltestelle in Bremen mit Videoüberwachung ausgestattet. Dies steht im klaren Widerspruch zu den wiederholten Versprechen, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen. Die Fraktion der CDU hat daher eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, um die Ernsthaftigkeit und den tatsächlichen Fortschritt dieses Vorhabens zu überprüfen.

Die bisherigen Erkenntnisse aus der Anfrage zeichnen ein ernüchterndes Bild: Seitens des Senats wurden bislang nur unzureichende Maßnahmen ergriffen, um diese wichtige Sicherheitsstrategie umzusetzen. Die Versäumnisse in diesem Bereich sind umso schwerwiegender, als dass die Zahl der Raubüberfälle, Körperverletzungen und anderer Delikte im Umfeld von Haltestellen in den letzten Monaten weiter gestiegen ist. Diese Entwicklungen unterstreichen die dringende Notwendigkeit, präventive und aufklärende Maßnahmen, wie die Videoüberwachung, nicht nur anzukündigen, sondern auch zügig und konsequent umzusetzen.

Die Installation von Videoüberwachungssystemen an öffentlichen Verkehrshaltestellen bietet sowohl ein effektives Mittel zur Aufklärung begangener Straftaten als auch eine potenziell abschreckende Wirkung, die Straftäter von der Begehung krimineller Handlungen abhalten kann. Angesichts dieser Tatsachen ist es unabdingbar, dass der Senat seine Bemühungen intensiviert, um eine flächendeckende Videoüberwachung an identifizierten Kriminalitätsschwerpunkten in Bremen und Bremerhaven zu gewährleisten.

Neben der Videoüberwachung sollen an hochfrequentierten Haltestellen auch Notrufsäulen installiert werden. Diese Notrufsäulen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, in Notsituationen schnell und direkt Hilfe anzufordern, was die Sicherheit im öffentlichen Raum weiter erhöht.

Dies erfordert nicht nur eine klare Prioritätensetzung, sondern auch die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel und Ressourcen. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass der Senat in enger Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden eine fundierte Analyse der Kriminalitätsmuster durchführt, um gezielt die Haltestellen auszuwählen, an denen die Installation von Überwachungstechnik den größten präventiven Nutzen verspricht. Nur durch ein konsequentes und koordiniertes Vorgehen kann die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum effektiv gesteigert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in enger Abstimmung mit der Polizei Bremen und der Ortpolizeibehörde Bremerhaven sowie den Betreibern von öffentlichen Verkehrsmitteln, wie der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) und Bremerhaven Bus, eine Prioritätenliste der zu überwachenden Haltestellen zu erarbeiten. Diese Liste soll nicht nur die Videoüberwachung, sondern auch die Installation von Notrufsäulen an hochfrequentierten Haltestellen umfassen und regelmäßig aktualisiert werden;
2. den Ausbau der Videoaufklärungsanlagen an Haltestellen sowie die Installation von Notrufsäulen in Bremen und Bremerhaven zu beschleunigen. Dabei sollen insbesondere die als „Hotspots“ identifizierten Haltestellen prioritär ausgestattet werden;
3. einen Fünfjahresplan vorzulegen, der die Haltestellen im Land Bremen beinhaltet, an denen künftig geplant ist, diese mittels Videoaufklärungssysteme zu überwachen und der einen Zeit- und Kostenplan umfasst;
4. ausreichend finanzielle Mittel im Haushalt für die Jahre 2025 bis 2027 für die Installation, Wartung und den Betrieb von Videoaufklärungssystemen bereitzustellen;
5. die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Videoaufklärung an öffentlichen Orten zu überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen, um den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ohne die Effektivität der Maßnahmen zu beeinträchtigen;
6. Evaluierungen der Wirksamkeit der Videoüberwachung durchzuführen und hierüber einen Bericht zu erstellen. Hierbei sollen insbesondere die Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Umfeld der überwachten Haltestellen betrachtet werden;

7. die Öffentlichkeit und die staatliche Deputation für Inneres regelmäßig über den Stand der Videoaufklärung und die daraus resultierenden Erfolge bei der Bekämpfung von Straftaten zu informieren, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Maßnahme zu stärken.

Marco Lübke, Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU